Von **Peter Unfried** (Gespräch) und **Anja Weber** (Foto)

taz am Wochenende: Frau Göpel, Sie sind Wissenschaftlerin, Politökonomin. Ihr Twittername ist „Beyond Ideology", „Jenseits von Ideologie", warum betonen Sie das?
Maja Göpel: Ideologien sind geschlossene Weltbilder. Die helfen uns nicht weiter in liberalen, aufklärungsorientierten Gesellschaften mit einem hohen Anspruch an ihre Innovations- und Erneuerungsfähigkeit. Denkmuster zu hinterfragen, ist deshalb auch eine emanzipatorische Agenda. Einer meiner liebsten Theoretiker ist Antonio Gramsci. Er hat das Konzept der Hegemonie geprägt. Es berücksichtigt die Rolle von Kultur und dominanten Erzählungen in einer Gesellschaft, um die Legitimation von Machtverhältnissen zu analysieren. Es ist also wichtig, die Art, wie wir auf die Welt schauen, als Analysekategorie mit reinzunehmen. Die bis vor Kurzem hegemoniale Erzählung beschrieb eine Gesellschaft, deren Wirtschaft trotz ökologischer Grenzen immer mehr produzieren kann. Damit musste auch nicht zu stark über die Verteilung von Freiheiten, Privilegien und Besitz diskutiert werden.

Warum ist diese Hegemonie vorüber?
Weil die Empirie die Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Ressourcen nicht in ausreichendem Maße bestätigen kann und die ungleiche Verteilung weiter zunimmt, selbst in Krisen wie der aktuellen. Ohne tiefen Strukturwandel und die Veränderung von Konsummustern wird es nicht gehen – jedenfalls ist mir noch keine Studie untergekommen, die das plausibel darlegt.

Sie stehen im Zentrum des Mainstreams von Wissenschaft und Gesellschaft, die sich verpflichtet hat, das Klima-Abkommen von Paris umzusetzen. Manche Medien und auch Regierungspolitiker tun aber so, als sei das nicht Regierungsauftrag, sondern radikales Ökospinnertum.
Ja, interessant, oder? Wenn Empfehlungen aus der Wissenschaft heute radikal erscheinen, dann ist das im Prinzip ein Zeichen dafür, dass wir die warnenden Analysen viel zu lange viel zu wenig ernst genommen haben. Sonst wären wir mit kleineren Schritten auch noch ans Ziel gekommen. Jetzt befinden wir uns also an dem sehr spannenden Punkt, an dem die Hegemonie der Entkopplungserzählung zerbrochen ist und die des Trickle-down gleich mit.

Also, dass der Wohlstand der Reichen nach unten sickert und alle was davon haben.
Damit kommen diejenigen unter Legitimationsdruck, die den Status quo der kleinen Adaptionen trotzdem beibehalten wollen. Da kann es schon kommod sein, die Übermittler der Analysen als Interessenvertreter für eine bestimmte Klientel abzustempeln.

Sie spielen darauf an, dass einige Journalisten Sie als Umweltaktivistin und Grünen-Vordenkerin framen, also als Partei. Was geht da vor sich?
Das müssen Sie die jeweiligen Personen fragen, mir haben sie auf diese Frage nicht geantwortet.

Gleichzeitig versuchen klassische Linke, das ideologisch als „links" zu rahmen oder gar den guten alten Metadiskurs zu führen, etwa Katja Kipping mit ihrem schneidigen „Klimaschutz oder Kapitalismus". Was halten Sie davon?
Gar nichts. Jedes weitere binäre Festfahren in Gegensatzpaaren und vermeintlichen Unvereinbarkeiten wirkt in einer sowieso schon sehr gestressten Gesellschaft sicher nicht darauf hin, dass wir demokratische Lösungen für diese Krisen finden. Statt große Kategorien in Stellung zu bringen, sollten zentrale politische Stellschrauben identifiziert werden, die Umweltschutz und soziale Ziele zusammenbringen.

Sind Wissenschaftler manchmal auch zu wehleidig, wenn sie tatsächlich eine große Öffentlichkeit erreichen und laute und nicht immer fundierte Reaktionen bekommen?
Das habe ich auch schon gehört. Wenn jemand meine Arbeit nicht überzeugend findet, fein. Dann bitte auf die Inhalte argumentieren. Aber meine Unabhängigkeit infrage zu stellen oder mir Dinge anzudichten, die ich so nie gesagt habe, das geht mir zu weit. Mir macht es sehr große Sorgen, wie diese Gleichung „wer Öffentlichkeit annimmt, muss eben mit Diffamierung umgehen" zunehmend vorgetragen wird – insbesondere von denen, die so arbeiten.

Die liberale Demokratie hat nach 1989 nicht das Paradies für alle gebracht und deshalb Konkurrenz durch illiberale und autoritäre Angebote bekommen. Klimapolitik interessiert aber auch manch emanzipatorische Bewegung nicht groß und wird von bestimmten Liberalen als autoritär verstanden. Was sagen Sie denen?
Aus meiner Sicht haben wir es auch mit einer illiberalen Demokratie zu tun, in der das „Wir" im „Ich" zu klein geworden ist. Freiheit geht mit Verantwortung einher, Privilegien mit Verpflichtungen. Das sind grundlegende Prinzipien des Liberalismus und so steht es im Grundgesetz unserer sozialen Marktwirtschaft. Auch eine unsichtbare Hand als Marktmechanismus kann nur funktionieren, wenn die Preise in etwa die Kostenwahrheit abbilden und ein gewisses Maß an Gerechtigkeit in der Verteilung von Informationen, Bildung, Geld, Besitz und Macht nicht unterschritten wird. Wenn viele, viele Kleine mit wenigen, sehr Großen „freie Verträge" aushandeln müssen, dann sind uns die strukturellen Voraussetzungen für effektive Marktmechanismen abhandengekommen. Und wenn zu viel Gestaltungsmacht in privater Hand liegt, bedroht das die Demokratie und ihre Institutionen.

Wo sehen Sie das besonders?
Das können wir in den USA als dem Rollenmodell liberaler Demokratie nach 1989 eindrucksvoll beobachten. Deshalb gehören für mich soziale Gerechtigkeit, fairer Wettbewerb und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen direkt zusammen. Dabei erinnere ich gern an den Ordoliberalismus: Umweltkatastrophen abwenden ist genuine Aufgabe des Staates.

Wie kriegt man aus Sicht der Transformationsforschung die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels noch hin?
Wichtig ist, dass alle Sektoren gleichzeitig angegangen werden und dass Klimapolitik mit Ressourcenpolitik, Infrastrukturpolitik und Raumplanung zusammengedacht wird. Große Stellschrauben sind: CO_2 ausreichend hoch zu bepreisen und die dreckigen Subventionen endlich abzubauen, um die Energiewende hin zu erneuerbaren Quellen und diversen Speicherformen für Energie so schnell wie möglich voranzutreiben.

Und?
Wärmewende ist das andere Stichwort und geht am besten mit einer Reform der Sanierungsstandards und des Baurechts einher, sodass nachhaltige Baustoffe, Holzbauweise so einiges an Sondermüll und Zement und Stahl ersetzen können. Und natürlich sollten das Planungsrecht, die Stadt- und die Verkehrswegeplanung verbessert werden, sodass die Mobilitätswende sich nicht auf alternative Antriebe beschränkt, sondern Alltagswege verkürzt werden und verschiedene Verkehrsmittel gut aufeinander abgestimmt modular nutzbar werden.

> **„Die hegemoniale Erzählung beschrieb eine Gesellschaft, deren Wirtschaft trotz ökologischer Grenzen immer mehr produzieren kann. So musste kaum über die Verteilung von Freiheiten und Besitz diskutiert werden"**

Was ist mit der EU-Ebene, die von Aktivisten bis Medien gern ignoriert wird?
Von der europäischen Ebene ist mit dem Green Deal nun endlich ein Ansatz formuliert worden, der dem entspricht, was wir „Whole Institution Approach" nennen, also das Ziel der Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft wirklich als Querschnittsthema und auch Wettbewerbsstrategie zu verankern. In der Umsetzung wird jetzt interessant, ob der Anspruch auf politische Kohärenz gelingt. Da sind Metriken zur Erfassung der natürlichen Ressourcenbestände – also schneller Regeneration übernutzter Ökosysteme und möglichst umfassender Mehrfachnutzung entnommener Materialien – genauso wichtig wie differenzierte Indikatoren für soziale Ziele. Das gilt für die Politik wie für Unternehmen und Investoren. Und daran wird gearbeitet, auch wenn es noch einiges an Druck braucht, damit die Milliarden der Recoveryprogramme in diese Richtung wirken und nicht in die Stabilisierung alter Strukturen fließen. Die systematische Einbindung ökologischer und sozialer Ziele in Forschungs-, Struktur- und Investitionsprogramme ist zentral.

Was ist mit Landwirtschaft?
Der vermeintliche Paradigmenwechsel in der europäischen Agrarpolitik (GAP) war für alle Nachhaltigkeitsinteressierten ein echter Schlag. Vor allem nach den Ankündigungen bei der UN-Generalversammlung im September, dass nun ganz ernsthaft die Dekade der Regeneration der Ökosysteme eingeläutet werde. Weitere sieben Jahre diesen Pfad zu zementieren, ist katastrophal. Wir sollten alles tun, zumindest die neue Flexibilität in der nationalen Verwendung verantwortungsvoll zu nutzen. Allerdings befürchte ich die typische Blockadeargumentation der Besitzstandswahrer: Wir würden ja gerne, aber wenn nicht mindestens EU-weit verändert wird, können wir national nix tun. Und auf EU-Ebene wird alles getan, damit dort keine einheitlichen Vorgaben entstehen. Denn wir sehen natürlich die Bedeutung von Handelsabkommen oder Grenzmaßnahmen für den Ausgleich von preislichen Wettbewerbsnachteilen durch nachhaltigere Standards. Aber auch den Vorteil von nachhaltigen Produkten in übersättigten Märkten, wenn Nachhaltigkeitspolitik angekündigt wird. Durch die Diskussion von CO_2-Anpassungsmechanismen an EU-Grenzen ist eine ganz neue Dynamik in die Klimaverhandlungen gekommen, außerdem gibt es neue Unterstützerallianzen.

Sie haben wesentliche Teile Ihres Nummer-1-Bestsellers „Unsere Welt neu denken" auch schon in Ihrem Standardwerk „The Great Mindshift" beschrieben. Warum ist es in diesem Jahr durch die Decke gegangen?
Das deutsche Buch ist auf viele, viele Nachfragen hin entstanden und kein wissenschaftliches, sondern bewusst ein Sachbuch für ein breites Publikum. Dennoch hat der Erfolg mich genauso überrascht wie ermutigt. In Krisenmomenten geraten viele Selbstverständlichkeiten ins Wanken und Zukunft wird plötzlich ein offenes, verhandeltes Momentum. Wenn wir es jetzt schaffen, die Krisenhaftigkeit und das Wanken für Reflexion zu nutzen, gesellschaftliche Ziele und das, was wir für normal halten, zu hinterfragen, und mit neuen Lösungen experimentieren, ist das doch genau das, was Aufklärung bedeutet und woraus sich die Erneuerungsfähigkeit einer Gesellschaft speist.

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer deutlich intensivierten Klimapolitik kam durch Fridays for Future in die Mitte der Gesellschaft. FFF seien durch das Versagen der Grünen notwendig geworden, sagt die Klimapolitikaktivistin Luisa Neubauer. Nun hat sich die Bewegung auf die kleinste Oppositionspartei eingeschossen. Zu Recht?
Die gesamte Gesellschaft hat versagt, das würde ich nicht den Grünen in die Schuhe schieben. Insgesamt beobachte ich zwei prekäre Trends: Zum einen hört die Politik nicht auf, große Ankündigungen mit unzureichenden Änderungen zu verbinden. Das war beim Klimagesetz 2019 so und jetzt bei der Landwirtschaftspolitik der EU auch. Wir Wissenschaftler dürfen dann immer die Fahne heben und sagen: Tut uns leid, aber das, was ihr verkündet, ist leider nicht drin. Hier wird ein ungemeiner Vertrauensverlust riskiert. Wenn das Gesetz nicht ausreicht, um auf den für Deutschland verbindlichen Klimapfad zu kommen, dann sollte ich das auch nicht behaupten. Wenn die Reform nicht mal versucht, die negativen Trends in den Landnutzungsmustern tatsächlich zu drehen, dann sollte ich auch nicht einen erfolgreichen Paradigmenwechsel beteuern.

Die Wissenschaft sagt es doch klar: Die Politik muss es nur umsetzen – sagt FFF.
Wissenschaftliche Studien dürfen nicht mit einer Blaupause für Politik gleichgesetzt werden. Wir berechnen mögliche Pfade der Veränderung, aber das bedeutet nicht, dass diese in Demokratien problemlos 1:1 umgesetzt werden können, oder dass es nicht sogar für das gleiche Ergebnis unterschiedliche Pfade gibt. Darüber hinaus gibt es bei Studien Unsicherheiten, sobald es sich um komplexe lebendige Systeme handelt und nicht um Maschinen. „Unite behind the Science" bedeutet daher nicht, dass es nur eine klare Wahrheit gibt. Der Wunsch nach Orientierung in einer Umbruchzeit darf nicht in dogmatische Fronten münden, dann wird die Suche nach dem nächsten gemeinsamen Schritt sehr schwer. Deshalb ist es wichtig, die eigenen Erkenntnisse und Interessen stark und offen zu vertreten, aber idealerweise ohne Aversion oder gar Hass gegen diejenigen, die andere haben. Das ist nicht leicht, insbesondere nicht, wenn die Machtverhältnisse sehr ungleich verteilt sind und die andere Seite alles nur aussitzen muss, um ihre Positionen weiter erhalten zu können und jahrelang TINA …

… There Is No Alternative …
… beim Wirtschaften verkündet hat. Deshalb sehe ich die Hochqualifizierten in Führungspositionen in primärer Verantwortung dafür, den polarisierenden Trends eine angemessene Veränderungsbereitschaft entgegenzustellen.

Ist „Jung" gegen „Alt" die wahre Konfliktlinie?
Nein, auf keinen Fall. Ich habe sehr viele Zuschriften auf mein Buch von Leuten bekommen, die sagten, sie seien 70 oder auch 80, und unsere Art zu leben und zu wirtschaften, sei Irrsinn. Das ist die Legitimität der Nachkriegsgeneration, die noch weiß, wie man mit wenig klarkommt. So viele haben sich gemeldet und gesagt: Ich bin aus dem Berufsleben raus, ich möchte mich engagieren.

Neubauer und Sie haben auch Opa und Oma erreicht, die in der Kultur fossiler Meritokratie alt geworden sind, und zwar jenseits von politischen oder kulturellen Lagern.
Ja, genau. Die CDU kann Klimapolitik meinetwegen als Sicherheitsfrage oder Rohstoffstrategie verstehen, die SPD als Gerechtigkeitsproblem der Ressourcen und die Grünen können mehr auf die Ökologie gehen. Ich möchte, dass das für jeden anschlussfähig sein kann und muss, Hauptsache wir kommen jetzt in die Pötte.

Sie wuchsen in einem Dorf bei Bielefeld in einer ökologischen Hausgemeinschaft auf, gingen in die Reformschule. Ist das eine Biografie aus dem Ökomärchen, Frau Göpel?
Das ist so.

Keinen Schaden abbekommen?
Einige werden den sicher attestieren.

Sie lachen?
Ich habe es geliebt. Drei Familien in einem großen Bauernhaus mit drei Wohnungen und einem Riesengarten mit einem Bauwagen für die Kinder. Natürlich mit Regenbogen angemalt. Wir hatten Tiere. Vier der sechs Erwachsenen haben an unserer Reformschule gearbeitet.

Sie wurden 24/7 zur Weltretterin ausgebildet?
Nein, ich war auch in der lokalen Grundschule und dem Handballverein, aber wir waren schon eher die Hippies in einem konservativen Dorf.

Damals hat man Alternativwelten gebaut, eigene kleine heile Welten. War das so?
Irgendwie schon, aber nicht abgeschottet. In der Laborschule zum Beispiel wurden Kinder bewusst nicht nach Leistungsniveau getrennt und auch bewusst aus allen Verhältnissen gleichmäßig aufgenommen. Wir hatten nicht nur ein australisches Au-pair, sondern auch einen tamilischen Geflüchteten bei uns wohnen. Tschernobyl war eine intensive Erfahrung, und mein Vater hat auch damals schon Fleisch abgelehnt und Veggieburger gebraten. Aber ich hatte auch Phasen, wo mir Pubertät viel wichtiger war, Party, Alkohol, kiffen und Jungs.

Gott sei Dank.
Später kam dann meine Arbeit in den internationalen NGO-Netzwerken zum Welthandel. Dort habe ich erlebt, dass Armut und vor allem die empfundene Machtlosigkeit vor dem Zugriff auf die lokalen Lebensräume ein solches Ausmaß haben, dass Menschen ihr Leben opfern für den Protest gegen diese Form der Globalisierung. Deshalb habe ich auch so wenig Verständnis für das ignorante Verbotsgeschrei in reichen Ländern.

Inwiefern denken Sie anders und neu, wie das der Titel Ihres Buches sagt?
Mein Anliegen war und ist es, dass wir uns aus den vermeintlichen Gegensatz-

Fortsetzung auf Seite 22

197 Länder haben das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet, um die Erderwärmung auf mindestens unter 2 und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu beschränken

Quelle: BMU

16 der 197 Länder, die das Pariser Abkommen unterzeichnet haben, könnten mit ihrem Klimaaktionsplan die Zusagen tatsächlich erfüllen

Quelle: euractiv.de